

Stellungnahme

Stellungnahme des Samtgemeindeelternrates vom 23.05.2013 zur Vorlage beim Samtgemeinderat der Samtgemeinde Am Dobrock bezüglich der geplanten Schließung der Kiebitzschule in Oberndorf zum Schuljahresbeginn 2014/15.

Der Samtgemeindeelternrat beschließt, den Ratsbeschluss der Samtgemeinde Am Dobrock von der Sitzung vom 25.03.2013 TOP 6, a):

Beschluss:

Der Samtgemeinderat beschließt bei einer Stimmenthaltung mit 19 Jastimmen und 9 Gegenstimmen die Reduzierung der Grundschulstandorte auf drei. Zum Schuljahresbeginn 2014/2015 ist die Grundschule in Oberndorf komplett zu schließen und die Schuleinzugsbezirke sind neu festzulegen.

nicht zu befürworten!

Dem Samtgemeindeelternrat ist bekannt, dass es eine Kostendiskussion trotz konstanter Schülerzahlen gibt, welche als Argument dient, die Kiebitzschule zu schließen. Dem Samtgemeindeelternrat ist aber auch bekannt, dass die Schulinitiative der Kiebitzschule verschiedene Modelle von nicht unerheblichem Einsparpotential entwickelt und vorgelegt hat, die nicht ausreichend geprüft worden sind.

Ebenso liegt dem Samtgemeindeelternrat die Empfehlung des Schulausschusses der Samtgemeinde Am Dobrock vor, der den Erhalt der Kiebitzschule mehrheitlich befürwortet und sich in seinem Beschluss vom 11.02.2013 gegen eine Schließung der Kiebitzschule in Oberndorf ausgesprochen hat.

In einer Antwort der Staatskanzlei Hannover auf eine Anfrage der Schulinitiative der Kiebitzschule schrieb der damalige Ministerpräsident, Herr David McAllister, am 19.07.2012 unter anderem:

Ihre Vorschläge zu einer Prüfung weiterer Sparmöglichkeiten sowie zu einer Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten der Schulanlage in Oberndorf sollten Sie - sofern noch nicht geschehen - dem Schulträger zugänglich machen, um auch ihm Ihre Sicht der Dinge und von ihm ggf. bisher nicht in Betracht gezogene Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ziel sollte sein, dass der Schulträger eine offene Diskussion mit allen Beteiligten führt und eine einvernehmliche Lösung gefunden wird.

Dies ist auch das Ziel der jetzigen Landesregierung, in deren Regierungsprogramm es heißt: Im offenen Dialog mit allen Gruppen der Gesellschaft und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern - Dialog, Kooperation und Teilhabe, Mitbestimmung sind nötig, um das Land und die Gesellschaft neu zu gestalten. In einer modernen Gesellschaft muss für junge Familien die Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf selbstverständlich sein. Deshalb wird die SPD das Angebot für die Kinderbetreuung in Kitas, Horten und Schulen flächendeckend verbessern. Die SPD wird alle Schulen zu Ganztagschulen umgestalten. Denn Ganztagsbetreuung verbessert die Bildungsmöglichkeiten.

Abschließend möchten wir bemerken, dass der ländliche Raum Perspektiven braucht. Wir vertreten die Elternschaft aller Schulen in der Samtgemeinde Am Dobrock und wir wissen, dass wir die Schulen erhalten müssen, um die Dörfer für junge Familien attraktiv zu halten und so dem demographischen Wandel entgegen zu wirken.